

Landesregierung hält an Strukturplanung für die Gesundheitsversorgung im Unterland fest

14.7.2026 - Thomas Mair | Land Vorarlberg

Bregenz (VLK) - Die Vorarlberger Landesregierung hat sich entsprechend der gesetzlichen Vorgaben mit dem eingebrachten Volksbegehren zur Geburtshilfe im Unterland auseinandergesetzt. Die vorliegenden 17.605 Unterschriften zur Unterstützung des Volksbegehrens zeigen, wie wichtig dieses Thema für viele Menschen in unserem Bundesland ist. Nach umfassender Diskussion und nochmaliger eingehender Prüfung aller vorliegenden Grundlagen hält die Landesregierung an der beschlossenen Strukturplanung im Rahmen des Spitalscampus Vorarlberg und des Regionalen Strukturplans Gesundheit 2030 fest. Ausschlaggebend dafür sind fachlich-medizinische, organisatorische und langfristige versorgungspolitische Gründe.

Nach der rechtmäßigen Feststellung der Unterschriften durch die Landeswahlbehörde erfolgte, wie formal vorgesehen, am 10. Juli eine Anhörung der Antragstellenden durch Landeshauptmann Markus Wallner, Landesstatthalter Christof Bitschi, Landesrätin Martina Rüscher und Landesrat Markus Klien und die anschließende Befassung der Landesregierung am 14. Juli. Im Rahmen der Anhörung standen insbesondere die Themen zertifizierte Zentren sowie langfristige Planung der Krankenhaus-Standorte im Unterland im Mittelpunkt.

Nach umfassender Diskussion und nochmaliger eingehender Prüfung aller vorliegenden Grundlagen hält die Landesregierung an der beschlossenen Strukturplanung im Rahmen des Spitalscampus Vorarlberg und des Regionalen Strukturplans Gesundheit 2030 fest. Ausschlaggebend dafür sind fachlich-medizinische, organisatorische und langfristige versorgungspolitische Gründe. Insbesondere die fachlichen Entscheidungsgrundlagen haben sich seit dem Zeitpunkt der Entscheidung im Herbst 2025 nicht geändert. Vorarlberg sorgt jetzt vor mit dem klaren Ziel, auch in den kommenden Jahrzehnten trotz der demografischen Herausforderungen eine qualitätsvolle und hochspezialisierte Versorgung der Vorarlberger PatientInnen und gleichzeitig eine hohe Ausbildungs- und Arbeitsplatzqualität für die Mitarbeitenden zu ermöglichen.

Medizinische Qualität und PatientInnensicherheit

Gerade in der Geburtshilfe spielen ausreichende Fallzahlen, die Verfügbarkeit spezialisierter Teams, moderne Infrastruktur sowie eine stabile personelle Besetzung eine zentrale Rolle. Die Bündelung von Geburtshilfe, Kinderheilkunde und neonatologischer Versorgung an einem Standort ermöglicht zudem eine engere interdisziplinäre Zusammenarbeit und stärkt insbesondere die Versorgung bei Risikogeburten und medizinischen Komplikationen. Größere geburtshilfliche Teams entwickeln durch höhere Fallzahlen mehr Erfahrung bei der Behandlung mit seltenen, evtl. auch lebensbedrohlichen Komplikationen. Typische Situationen, bei denen Routine entscheidend ist:

- Schulterdystokie
- Vaginale Beckenendlagegeburt/Vaginale Zwillingsgeburten
- Schwere Präeklampsie / Eklampsie („Schwangerschaftsvergiftung“)
- Postpartale Hämorrhagie („Nachblutung nach Geburt“)

- Frühgeburtlichkeit

Je höher die Fallzahlen, desto häufiger werden diese Situationen erlebt – und desto routinierter reagiert das Team. Dies beschleunigt auch die Geschwindigkeit, mit der Notfälle beherrscht werden können, z.B. Notfallkaiserschnitt oder schwere postpartale Blutung. Dies gilt gleichermaßen für gynäkologisch-onkologische Eingriffe und pränataldiagnostische Befunde.

Spezialisierung und Zertifizierungen

Die geplante Verlegung der Abteilungen für Frauenheilkunde und Geburtshilfe vom Krankenhaus Dornbirn an das LKH Bregenz hat keine Auswirkungen auf die Qualität oder Kontinuität der Versorgung der Patientinnen. Die zertifizierten Zentren für Brustgesundheit, gynäkologische Tumore sowie das Kontinenz- und Beckenbodenzentrum werden mit ihren erfahrenen interdisziplinären Teams, bewährten Behandlungsabläufen und hohen Qualitätsstandards an den neuen Standort übersiedeln und ihre Arbeit dort nahtlos fortführen. Lediglich das offizielle Zertifikat muss aufgrund des Standortwechsels nach den Vorgaben der Zertifizierungsstellen am neuen Standort formell neu bestätigt werden. Bis zum Abschluss dieser administrativen Rezertifizierung kann das Prüfsiegel daher vorübergehend nicht geführt werden. Für die Patientinnen bedeutet dies jedoch keinerlei Einschränkung: Die medizinische Versorgung erfolgt während der gesamten Übergangsphase unverändert nach denselben hohen Qualitätsstandards. Um den Zeitraum bis zur erneuten Zertifizierung so kurz wie möglich zu halten, laufen bereits heute intensive Vorbereitungen und Abstimmungen mit den zuständigen Zertifizierungsstellen.

Die 24/7-Verfügbarkeit von Spezialistinnen (z. B. Pränataldiagnostik, Urogynäkologie, gynäkologische Onkologie) wird nur an einem größeren Standort realisierbar. Zertifizierungsvorhaben erfordern Mindestfallzahlen, die durch eine Zusammenlegung stabilisiert werden:

- Brustzentrum (EUSOMA/ÖGGO-Zertifizierung)
- Gynäkologisches Krebszentrum
- Endometriosezentrum / Dysplasiezentrum
- Beckenbodenzentrum
- Perinataler Schwerpunkt

Zudem sichert die Zusammenführung von zwei Standorten in eine größere Abteilung mit einem breiteren Fallspektrum die Aus- und Weiterbildungsmöglichkeit und -qualität der FachärztInnen, die Etablierung neuer Techniken, z.B. die Roboterchirurgie oder geburtsmedizinische Ultraschalldiagnostik) und sichert die effizientere Nutzung der vorhandenen Infrastruktur und Ausstattung.

Stabile Mitarbeitenden-Teams für einen 24/7 Betrieb

Hinzu kommt die zunehmende Herausforderung, ausreichend qualifiziertes Fachpersonal in allen Bereichen dauerhaft verfügbar zu halten. Eine moderne Gynäkologie und Geburtshilfe erfordert permanent verfügbare vollständige Teams: FachärztInnen für Geburtshilfe, Hebammen sowie OP-Team, Anästhesie und Neonatologie. Bei kleineren Abteilungen ist diese Rund-um-die-Uhr-Besetzung zunehmend schwer aufrechtzuerhalten. Größere Teams schaffen mehr Stabilität im Dienstbetrieb, verbessern Arbeitsbedingungen und erhöhen die Attraktivität der Arbeitsplätze für ÄrztInnen, Pflegekräfte und Hebammen. Damit wird die Versorgung auch langfristig abgesichert.

Langfristige Planung der Krankenhaus-Standorte in Vorarlberg

Auch in Zukunft wird es notwendig sein, die Zusammenarbeit der Krankenhäuser Hohenems, Dornbirn und Bregenz weiter zu stärken. Dabei stehen zwei Ziele im Mittelpunkt: eine hochwertige medizinische Versorgung der Vorarlberger Bevölkerung und ein verantwortungsvoller Umgang mit öffentlichen Investitionsmitteln. Oberste Priorität hat, dass die Patientinnen und Patienten jederzeit verlässlich und auf hohem fachlichem Niveau versorgt werden. Gleichzeitig müssen Investitionen standortübergreifend betrachtet werden: Während die Krankenhäuser Bregenz und Hohenems bereits umfassend saniert wurden, steht in Dornbirn eine große Investition in den Bettentrakt bevor. Landesweit hat jedoch zunächst der weitere Ausbau des LKH Feldkirch als Schwerpunkt Krankenhaus Vorrang. Als zentrales Versorgungszentrum für ganz Vorarlberg bündelt es zahlreiche hochspezialisierte Fachbereiche und übernimmt wichtige Aufgaben für die medizinische Versorgung des Landes. Erst im Anschluss können im Unterland wieder größere bauliche Investitionen umgesetzt werden. Die nun geplanten Bündelungen medizinischer Fachbereiche an den bestehenden Standorten Bregenz und Dornbirn sind daher ein wichtiger und vorausschauender Schritt, um die Gesundheitsversorgung in den kommenden zehn bis fünfzehn Jahren nachhaltig abzusichern.

Wertschätzung für Einsatz der Unterzeichnenden

Die Diskussion zeigt die starke Verbundenheit der Bevölkerung mit dem Krankenhausstandort Dornbirn und der dort geleisteten Arbeit. Die Landesregierung anerkennt ausdrücklich das Engagement der Initiatorinnen an, auch wenn man mit dem Inhalt des Volksbegehrens aus fachlich-medizinischen und versorgungspolitischen Gründen nicht übereinstimmt. Auch die Unterzeichnenden haben sich Zeit für ein Volksbegehren genommen und damit auch die direkte Demokratie gestärkt.

„Wir danken allen, die das Volksbegehren unterstützt haben. Auch wenn wir dem konkreten Wunsch nicht entsprechen, schätzen wir die hohe Beteiligung und nehmen das dahinterstehende Anliegen ernst. Demokratie lebt davon, dass Bürgerinnen und Bürger ihre Anliegen klar einbringen; genau dafür danken wir ausdrücklich. Die fachlichen Entscheidungsgrundlagen haben sich dadurch jedoch nicht geändert. Das Volksbegehren zeigt, dass wir diese noch besser darlegen und kommunizieren müssen, damit unsere Entscheidung besser nachvollziehbar wird.“, erläutert Landesrätin Martina Rüscher: „Gesundheitsplanung muss über einzelne Standorte hinaus die Versorgung der gesamten Bevölkerung Vorarlbergs im Blick behalten. Entscheidungen dieser Größenordnung müssen deshalb auf medizinischen Qualitätsstandards, nachvollziehbaren Planungsgrundlagen und langfristiger Versorgungssicherheit beruhen.“

Erkenntnisse der Online-Beteiligung zum Spitalscampus

Dies zeigen auch die Erkenntnisse der vor kurzem durchgeführten Online-Befragung des Landes zum Spitalscampus Vorarlberg auf vorarlberg.mitdenken.online. Im Rahmen dieses Beteiligungsformats wurde ein breites und differenziertes Stimmungsbild sichtbar. Dabei zeigte sich ein ausgeprägtes Bedürfnis nach verlässlicher Information über unterschiedliche Kommunikationskanäle. Zugleich wurde der Wunsch nach mutigen, langfristig tragfähigen und fachlich fundierten Entscheidungen deutlich. Auch die Themen wohnortnahe Versorgung, Bündelung von Leistungen, Wartezeiten, Prävention und Fachpersonal wurden in den Rückmeldungen klar angesprochen. Diese Anliegen werden in die weitere Ausgestaltung des Gesundheitssystems einbezogen. Ziel bleibt es, die Versorgungsqualität, Nachhaltigkeit und Zukunftsfähigkeit des Systems weiter zu stärken.

Wichtig ist und bleibt: Der Standort Dornbirn bleibt ein wesentlicher Bestandteil der Vorarlberger

Spitalslandschaft und behält weiterhin eine starke medizinische Bedeutung mit zentralen Fachbereichen, einer 24-Stunden-Notfallversorgung sowie spezialisierten Angeboten für die Bevölkerung im Unterland.

Die Zusammenlegung der zwei gynäkologischen Abteilungen wäre auch ohne notwendigen Kostendruck notwendig und ist eine Investition in die medizinische Zukunft der Region. Die entstehende Einheit bietet die optimale Größe, um erstklassige Versorgung, attraktive Ausbildung und attraktive Arbeitsbedingungen zu vereinen.

Die Landesregierung wird den weiteren Umsetzungsprozess weiterhin transparent gestalten und die Mitarbeitenden, Gemeinden sowie die Bevölkerung laufend einbinden bzw. informieren. Ziel bleibt eine moderne, qualitativ hochwertige und zukunftssichere Gesundheitsversorgung für alle Menschen in Vorarlberg.

<https://presse.vorarlberg.at/land/public/Landesregierung-h-lt-an-Strukturplanung-f-r-die-Gesundheitsversorgung-im-Unterland-fest>